

Saale-Orla-Kreis verbietet Neonazi-Aufmarsch

Polizeidirektion schaltet wieder Bürgertelefon

Pößneck (OTZ/mko). Der Saale-Orla-Kreis hat gestern Abend die für heute geplante NPD-Demonstration in Pößneck (OTZ berichtete) verboten. Ob es dabei bleibt, wird sich erst im Laufe des heutigen Tages zeigen, denn die NPD kann Rechtsmittel gegen die Verfügung des Schleizer Landratsamtes einlegen. In Pößneck wurden gestern vorsorglich Halteverbotsschilder in einigen Bereichen aufgestellt, an denen ein Neonazi-Aufmarsch vorbei führen könnte. Angemeldet ist auch eine Gegendemonstration demokratischer Kräfte. Die Polizeidirektion Saalfeld bereitet sich für alle Fälle auf einen Einsatz vor und hat auch wieder eine Hotline geschaltet: Unter der Rufnummer 0800-8855110 können sich Bürger heute ab 8 Uhr über eventuelle Einschränkungen und Behinderungen des Straßenverkehrs informieren.

„Vielleicht geht der Kelch dieses Mal an uns vorbei“, hoffte am Abend Bürgermeister Michael Modde vor dem Hintergrund, dass die NPD im Internet „Auf nach Wunsiedel!“ verbreitete: In der oberfränkischen Stadt wurde bereits am 31. Oktober ein Marsch zum Gedenken an den verstorbenen NPD-Spitzenpolitiker Jürgen Rieger angemeldet und gestern vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof München definitiv zugelassen.

Wunsiedel war auch für Jürgen Hauck, Erster Beigeordneter des

Landrates, das Stichwort, als er sein Verbot der Pößnecker NPD-Demo aufsetzte: Wenn alle verfügbaren Kräfte der Polizei dort und bei anderen Großveranstaltungen in Thüringen und darüber hinaus gebunden seien, würden kaum noch welche übrig bleiben, um heute in Pößneck angekündigte 800 Neonazis und erwartete 500 Gegendemonstranten auseinander zu halten. Hauck sprach gegenüber OTZ von einer „Nicht-herstellbarkeit der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Pößneck“. Die NPD darf auch keinerlei Ersatzveranstaltungen zum verbotenen Marsch durchführen.

Dieser sollte um 14 Uhr mit einer Kundgebung am Viehmarkt beginnen, durch die Innenstadt zum Schützenhaus und auf einer anderen Strecke wieder zurück zum Viehmarkt führen. Am Schützenhaus wollte die NPD eine Zwischenkundgebung abhalten, was der Saale-Orla-Kreis auf keinen Fall zulassen will, weil spontane Gewalt zur Besetzung des versiegelten Objektes (OTZ berichtete) zu befürchten sei. Die Gegendemonstration sei in der Nähe, im Bereich Bilke und Oberer Graben, angemeldet worden.

Die Polizei, die vor dem so genannten Fest der Völker der NPD vom 12. September eine recht offensive und bürgerfreundliche Öffentlichkeitsarbeit betrieben hatte, äußerte sich dieses Mal – bis auf den Hotline-Hinweis – nicht zum möglichen Einsatz.